



Friedrich Haag

Sprecher für Wohnungsbau und individuelle Mobilität
FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

REDE

**anlässlich einer Großen Anfrage
zur „Zukunft der Automobilwirtschaft in Baden-Württemberg und
„Auswirkungen eines EU-weiten Verbots des Verbrennungsmotors
auf die Belange Verkehr, Energie, Steuern, Wirtschaft, Innovationen,
Arbeitsplätze, Wohlstand, soziale Sicherheit und Brandschutz.“**

**am 25. September 2024
im Landtag von Baden-Württemberg**

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

erst vor der Sommerpause haben wir in unserer Aktuellen Debatte über das Thema Verbrenner-Aus gesprochen. Leider hat sich die Situation seitdem noch einmal deutlich verschlimmert. Unsere Befürchtung, dass die grüne Politik die Automobilbranche im Land weiter ins Verderben treibt, hat sich leider bewahrheitet:

- VW kündigt seine Beschäftigungsgarantie auf – Entlassungen und Werksschließungen nicht ausgeschlossen. Betroffen könnte davon auch Audi in Neckarsulm mit rund 15.000 Arbeitsplätzen sein
- Der Zulieferer ZF hat den Abbau von bis zu 14.000 Stellen in Deutschland angekündigt. (1/4 der Stellen)
- Und viele weitere Zulieferer kämpfen um das Überleben

Und in ihrer Stellungnahme schreibt die Landesregierung selbst: „Bis zum Jahr 2040 kann es in Baden-Württemberg zu einem Wegfall von bis zu 47 Prozent der Beschäftigung im Kfz-Gewerbe kommen.“

Was diese grün geführte Landesregierung fabriziert, gleicht fast schon aktiver Sterbehilfe für unsere Automobilindustrie. Das Szenario macht eines ganz klar deutlich: „E-Only“ ist und bleibt ein grüner Wunschtraum, der mit der Realität unserer Wirtschaft und der Kundenwünsche nichts zu tun hat. Da muss man sich schon fragen: Wenn Sie doch so überzeugt sind, dass sich die E-Mobilität durchsetzt, wieso muss man dann den Verbrenner verbieten? In ihrer Stellungnahme behauptet die Landesregierung, die Automobilhersteller seien durch den Transformationsdruck zum Wandel „gezwungen“.

Ich frage mich, ob Ihnen überhaupt klar ist, welchen großen Schaden sie durch **Ihren** krampfhaften Zwang, hin zum E-Auto, angerichtet haben?

Landtagsbüro
Haus des Landtags

✉ Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart
☎ 0711 2063 9240
📠 0711 2063 149240

✉ friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de
🌐 www.friedrich-haag.de
📘 /haagfdp
📷 /haagfdp

Wahlkreisbüro
Stuttgart

✉ Weißenburgstraße 29
70180 Stuttgart
☎ 0711 9459 1111

Während Sie versuchen, die Zukunft des Autos rein elektrisch zu gestalten, denkt China strategisch und verkauft weiter auch Verbrenner. Und für alle, die es nicht wissen: BYD verkauft übrigens mehr Hybridfahrzeuge als reine E-Autos. Und diese Technologieoffenheit wäre auch für uns die richtige Strategie: Das eine tun - und das andere nicht lassen.

Ihre Vorstellung der sogenannten „Transformation“ der Automobilindustrie hat **nicht** das Ziel von mehr Klimaschutz. Letztendlich bedeutet das doch nur eines: Eine „Transformation“ weg von vielen gut bezahlten Arbeitsplätzen hin zum massiven Stellenabbau im Land.

Durch ein Verbrenner-Verbot wird der Verbrenner eben woanders gebaut und auch gefahren – und zwar mit fossilem Kraftstoff statt mit klimafreundlichen E-Fuels. Auch die alarmierenden Strafzahlungen, die durch die CO₂-Flottengrenzwerte schon im nächsten Jahr drohen, sind das Ergebnis einer vollkommen realitätsfernen und fehlgeleiteten Politik.

Man sieht es ja auch in Baden-Württemberg: Der Verkehrsminister setzt ein E-Förderprogramm nach dem anderen auf - ohne nennenswerten Erfolg, dafür mit massig Geld der Steuerzahler. Trotzdem machen die vollelektrischen E-Autos gerade mal rund 3% des Pkw-Bestands im Südwesten aus. Während über 90 Prozent der Fahrzeuge im Land einen Verbrennungsmotor haben.

Und statt sieben Jahren im Strategiedialog Automobil-wirtschaft eine Rederunde nach der anderen zu veranstalten, muss jetzt endlich konkretes Handeln folgen! Klimaschutz funktioniert nur GEMEINSAM MIT den Menschen und der Industrie, nicht GEGEN sie – und das funktioniert auch nur global!

Es ist deshalb höchste Zeit, das Verbrenner-Verbot zu kippen und die Flottengrenzwerte abzuschaffen! Dafür muss sich Ministerpräsident Kretschmann jetzt auch in Brüssel einsetzen. Und das Thema muss JETZT angegangen werden und nicht erst 2026. Es braucht JETZT Klarheit, damit China nicht bald die Verbrenner-Lücke bei uns füllt.

Sie erzählen ja immer, beim Klimaschutz ist es 5 vor 12. Aber in Sachen Umsetzung ist es bei Ihnen 5 nach 12. Wenn Ihnen der Klimaschutz wirklich am Herzen liegt, dann nutzen Sie endlich die bestehenden Möglichkeiten! Kümmern Sie sich jetzt um die Reduzierung von Emissionen im Fahrzeugbestand – anstatt vorzuschreiben, was angeblich der beste Antrieb ist. Die Dienstwagen des Landes könnten längst mit HVO 100 betankt werden. Mit über 90 Prozent CO₂-Einsparung könnten Sie einen wirklichen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Wir als FDP werden auch weiter für einen echten, zukunftsfähigen Kurs kämpfen, der unsere Industrie und die Arbeitsplätze sichert. Und deswegen kann es nur eine Botschaft aus dem Land geben: Das Verbrenner-Verbot muss vom Tisch und zwar sofort!